

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 202-207

20 Pfennig pro Kopf des Arbeiters!

Unternehmersteuer gegen den Volksentscheid.

Der Interessentenausschuss zur Wahrung der heiligsten Güter der ehemaligen Fürstenhäuser verbraucht Unsummen zur Propaganda gegen den Volksentscheid. Das ganze deutsche Reich wird mit einer Flut von bedrucktem Papier übersättigt. Man fragt sich, woher die Gelder kommen, die dazu notwendig sind. Zwar werden die „hungernden“ Fürsten, Prinzen und ihre „ebenbürtigen“, schon früher abgehalfterten Standesgenossen dazu einiges beitragen.

Aber die Hauptsache kommt doch aus dem großen Topf der Industriellen. Diese haben zwar Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen, weil ihre Betriebe angeblich unrentabel geworden sind, aber zur Propaganda für den heiligen Besitz der Herrschaften von Gottesgnaden langt es immer noch. Jetzt erhebt man von den Industriellen eine Kopfsteuer von 20 Pfennig für jeden beschäftigten Arbeitnehmer. Vertrauensmann der Fürstendiener ist in diesem Falle Ernst v. Borfig, der Vorsitzende jener Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die durch die Bestechung des christlichen Bundesarbeiterverbandes und durch die Unterstützung des Fremdenmörders Schutz berühmt geworden ist. Borfig verschickt an die Unternehmer das folgende Rundschreiben:

Ernst von Borfig, Berlin-Tegele, den 5. Juni 1926

Am Sonntag, den 20. Juni 1926, findet eine Abstimmung im Wege des Volksentscheids statt. Gegenstand des Volksentscheids ist der „Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstendörner“. Der Gesetzentwurf ist von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei eingebracht worden. Der offizielle Titel des Gegenstandes dieses Volksentscheids trifft nicht den Kern der Sache. Es geht in Wirklichkeit nicht um die

besonderen Interessen der Fürstendörner,

sondern es wird ein Angriff versucht, der sich gegen das Privateigentum überhaupt richtet und damit gegen die Grundlagen der Wirtschaft und des Rechtsstaates. Es ist der erste Schritt auf einem Wege, dessen Gefährlichkeit schon daraus erhellt, daß von einer anderen Seite als zweiter Schritt auf diesem Wege die Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ beantragt ist. Dem gesamten deutschen Volke droht Gefahr, da ein einschneidender Eingriff in das Privateigentum eine Erschütterung der Grundfesten des Staates bedeutet; besonders stark bedroht ist unsere deutsche Wirtschaft, die verfallen muß, wenn das Privateigentum nicht gesichert ist. Deswegen ist der Kampf gegen den zum Volksentscheid stehenden Gesetzentwurf gänzlich unabhängig von der parteipolitischen Einstellung des einzelnen und der Frage der Enteignung der Fürstendörner sowie der Höhe der Entschädigung. Für eine diese Fragen klärende Gesetzgebung ist vielmehr der Boden erst bereitet, wenn der nicht auf der Grundfrage der heutigen Staatsordnung stehende Gesetzentwurf im

Volksentscheid zu Fall gebracht

ist. Es ist daher Pflicht jedes Deutschen, dem an der Erhaltung des Rechtsstaates gelegen ist, den ersten Schritt zur Beseitigung des Privateigentums mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Um die nötige Aufklärung zu schaffen, sind erhebliche Geldmittel erforderlich. Eine große Anzahl von Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, die den verschiedensten politischen Parteien angehören, hat mich daher im Interesse einer einheitlichen Verwendung dieser Mittel gebeten, mich mit der Bitte an Sie zu wenden, auch Ihrerseits zu diesem Zwecke beizutragen. Vorgeschieden ist die Höhe des

Beitrages nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zu bemessen und pro Kopf mindestens 20 Pf. abzuführen. Zahlungen werden auf das Konto

„Interessenwahrung Sonderkonto“

bei der Deutschen Bank, Zentrale, Berlin W. 8, Behrenstr. 9/13, erbeten. Die eingehenden Beträge werden von mir einem unter Leitung des Reichsjustizministers a. D. Dr. Heineke stehenden Reichsausschuss überwiesen. Spender, die eine Zuweisung des von ihnen überwiesenen Betrages an eine bestimmte politische Partei oder dessen ausschließliche Verwendung für Aufklärung in Berlin wünschen, bitte ich das besonders zu bemerken. Ferner wäre ich dankbar, wenn Sie mir von etwaigen unmittelbaren Spenden an politische Parteien zur Aufklärung über den Volksentscheid Mitteilung machen wollten.

Mit Rücksicht auf den nahen Termin des Volksentscheids und die in der Zwischenzeit zu leistende große Arbeit ist schnelle Bereitstellung der Mittel erforderlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. E. v. Borfig

20 Pf. pro Kopf der Arbeitnehmer — das bringt, wenn es eingeht, eine sehr hübsche Summe in den Kampffonds für die heiligsten Güter des Kapitals. Das Geld soll einem Reichsausschuss überwiesen werden, der unter Leitung des volksparteiischen früheren Justizministers Dr. Heineke, des Reichsjustizministers für Sachen unfestigen Gedankens, steht. Zufällig ist aus der Veröffentlichung Walter v. Moscos bekannt geworden, daß dieser Ausschuss der gleiche ist, für den der persönliche Adjutant des Kronprinzen Unterschriften warb, der also im unmittelbaren Auftrage des Wilhelm von Döls handelt!

Den Angestellten und Arbeitern wird jede Lohn- und Gehaltszulage abgelehnt. Sie müssen sich sogar mit allen ge-

werkschaftlichen Mitteln gegen weitere Reduzierungen ihrer Einkommen wehren. Jetzt soll ihnen noch eine Kopfsteuer von 20 Pf. auferlegt werden.

Diese Berechnung freiwilliger Beiträge nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist eine Verhöhnung der im Dienste der Unternehmer Werte Schaffenden. Sie wirkt um so provozierender, als sich jeder Arbeiter und Angestellte ausrechnen kann, daß, wenn die Unternehmer diese freiwilligen Beiträge noch um einiges vergrößern würden, die enteigneten Fürsten mit ihrer Hilfe für alle Zukunft ein sorgenloses Leben führen könnten.

Warum rufen die Borfig und Konsorten, warum ruft nicht der Landbund alle Monarchisten zu einer Spende für die „hungernden Fürsten“ und ihre Mätressen auf? Warum verschleiert man die wahren Absichten, indem man von der „Grundlage des Staats“ und des „Eigentums“ phantasiert?

Massen heraus! Montag 7 Uhr Lustgarten!

Die Einheitsfront von Döls über Hindenburg bis Borfig-Reiffinger wird den noch Schwankenden die Augen öffnen und sie veranlassen, am 20. Juni auch die letzten Stimmberechtigten ins Wahllokal zu bringen. Die Kräfte werden verdoppelt, um die Illusion ein für allemal zu zerstören, als ob die deutschen Arbeitnehmer sich heute noch so „verhandeln“ ließen, wie die Fürsten seinerzeit die Landesfürsten an fremde Potentiaten zu verhandeln pflegten!

Terror gegen Volksentscheid.

Jeder, der sich ihm beugt, sei gebrandmarkt!

Die Fürstenfreunde wissen, daß auch ihre Anhänger am 20. Juni ihre Stimme für den Volksentscheid abgeben würden, wenn die Wahl geheim bleibt. Sie wissen, daß ihre verlogene und verleumderische Propaganda nichts daran ändern kann. Sie wissen, daß die erdrückende Mehrheit des Volks wie ein Mann gegen die unverhältnismäßigen Forderungen der davongelaufenen Fürsten und ihrer Anhänger steht. Und sie wissen, daß das Recht auf Seiten des Volkes ist. Deswegen ihr verlogenes Geschrei über die Gefährdung des Privateigentums. Deswegen die Drohung mit dem Bolschewistenstreck. Deswegen die Loebeß-Intrige. Und deswegen der Terror.

In den letzten Tagen häuft sich das Beweismaterial dafür, daß die Stellen, die bereit sind, den abgedankten Fürsten Lakeliedchen zu leisten, für den Tag der Entscheidung eine groß angelegte Kontrolle planen. Eine Kontrolle, die vor allem auf dem Lande den gefählich gewährleisteten Ablauf des Volksentscheids verhindern soll. Durch Terror sollen die Stimmberechtigten davon abgehalten werden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Eines dieser Beweisdokumente stammt von dem deutsch-nationalen Kreisleiter in Guben und lautet:

Guben, 7. Juni 1926
Baderstr. 6a I (Geschäftst. d. Dnalk. Sp.)

An die Herren Vertrauensleute!

Bei Uebersendung des Aufrufes der in der „Kampfgemeinschaft gegen Entrechtung“ vereinigten Parteien und vaterländischen Verbände werden Sie gebeten, dafür zu sorgen, daß möglichst alle der Wahl fernbleiben und daß die trotzdem zur Wahl Gehenden aufgegriffen werden, damit die Namen für die Zukunft festgehalten werden. Es wird gebeten, die Namen gelegentlich hierher, Baderstraße 6a, abzuliefern.

Von öffentlichen Versammlungen wird, wenn nicht dringende Notwendigkeit vorliegt, abgesehen werden, da beide Parlamente tagen und die Abgeordneten nicht abkömmlich sind.

Die Broschüren zur Aufklärung. — Flugblätter folgen.

Mit deutschem Gruß
J. A. D. Gaertner.

Terror gegen Volksrecht! Die Fürstendiener beweisen so am besten, was sie von den Aussichten der „guten Sache“ der Fürsten halten. Aber so weit sind wir noch nicht in der Republik, daß sie sich den Terror einer kleinen Monarchistensippe gefallen lassen müßte. Stimmabgabe ist das gute Recht jedes Wahlberechtigten. Sie ist aber auch Staatsbürgerpflicht. Jeder, der sich dem Terror der Fürstendiener beugt, jeder, der am 20. Juni dem Wahllokal fernbleibt, ist ein Pflichtvergeßener. Man wird deshalb am Tage der Entscheidung genau darauf zu achten haben, wer seiner Pflicht genügt und wer es veräußt, und wird sich die Säumigen merken müssen. Dem Terror der Monarchisten setzen wir unsere Wachsamkeit entgegen!

Hindenburg, Sparer und Fürsten.

Vor einem Jahr und jetzt!

Von Wilhelm Reil.

Schon einmal war Reichspräsident Hindenburg in einer die breitesten Schichten des Volkes aufwühlenden Frage festig umworden. Das war Mitte Juli 1925, unmittelbar vor der Verkündung der Aufwertungsgehalte.

Die Aufwertungsfrage hatte bei der Präsidentenwahl eine große Rolle gespielt. In der „Osterbootschaft“, die das Wahlprogramm Hindenburgs darstellte, hieß es: „Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechts hochzuhalten.“

Die Verfasser der Osterbootschaft erzielten mit der Wendung von der „Heiligkeit des Rechts“ den großen Erfolg, daß sie die Sparer und Gläubiger für die Wahl Hindenburgs gewannen. Nachdem die Inflationsopfer Hindenburg zum Sieg verholfen, schrieb die Zeitschrift „Der Sparererschuß“:

„Er (Hindenburg) wird das sparende Volk, seine Kerntuppen, nicht untergehen lassen, er wird nicht Treu und Glauben unter dem Schein des Rechts zertrüben lassen, unser Vater Hindenburg.“

Die Aufwertungsorganisationen sandten dem neugewählten Reichspräsidenten ein Glückwunschtelegramm, worin sie sagten:

„Auf Grund der von Ihnen, Herr Reichspräsident, in der Osterbootschaft an das deutsche Volk bezugten Anerkennung der Heiligkeit des Rechts vertrauen die widerrechtlich ihres Besitzes, ihrer Ersparnisse und ihrer rechtmäßigen Ansprüche Beraubten auf Ihren edlen Willen, den Retterleidenden zu helfen.“

Hindenburg ließ den Gratulanten antworten, er werde den vorgebrachten Fragen „volle Würdigung und Aufmerksamkeit“ zuteil werden lassen.

Als bald wurde den Kerntuppen Hindenburgs die erste bittere Enttäuschung zuteil. Die von den Deutschnationalen beherrschte Regierung unterbreitete dem Reichstag Aufwertungsberichte, von denen Dr. Best sagte, daß sie den Gläubiger zum Bettler und den Schuldner zum Gauner machen.

Da die Rechtsparteien, die heute die Fürstenansprüche verteidigen, in den Reichstagsverhandlungen alle, auch die berechtigten Forderungen der Sparer ablehnten, versuchte eine Deputation der Aufwertungsverbände auf dem Umweg über Hindenburg Einfluß auf sie zu gewinnen. Dieser Deputation erklärte Hindenburg:

„Das letzte Wort in dieser Frage ist noch nicht gesprochen. Ich werde erst das fertige Gesetz abwarten, bevor ich meine Entschickungen fasse. Denn Sie wissen ja, ich muß als alter Soldat mir die Freiheit meines Handelns wahren.“

Die Aufwertungsgehalte wurden dann unter Führung der Monarchisten in einer Form beschloffen, die bei den Sparern einen Schrei der Empörung auslöste. In Anwendung des Artikels 72 der Reichsverfassung verlangte mehr als ein Drittel der Mitglieder des Reichstags, daß die Verkündung der Gesetze um zwei Monate ausgesetzt werde. Als hierauf die Rechtsmehrheit die Gesetze für „dringlich“ erklärte, ergab sich für den Reichspräsidenten folgende Reichstagslage: Nach Artikel 72 der Verfassung befähigt er jetzt die volle Freiheit des Handelns, die er sich „als alter Soldat“ wahren wollte. Er konnte die Verkündung aussetzen und selbst die Volksabstimmung anordnen. Er konnte auch abwarten, ob der Antrag auf Volksabstimmung von einem Zwanzigstel der Stimmberechtigten gestellt werde. Jetzt hätte Loebeß den politisch unerfahrenen Reichspräsidenten im Sinne der Wünsche seiner Kerntuppen beraten können, ohne ihm verfassungsrechtliche Verlegenheiten zu bereiten. Er tat es nicht, obgleich Prof. Posadowsky öffentlich erklärte, es handle sich hier um die „moralische Selbsterhaltung“, um die „Wahrung der guten Sitten“, um die „Grundsätze der Gerechtigkeit“.

Dagegen richteten die Aufwertungsorganisationen noch einen letzten Appell an den Reichspräsidenten, in dem sie sagten:

„Dieselben Parteien, welche 1½ Jahre für die Rot der Sparer und Geschädigten kein Verständnis bekundet haben, wollen von Ihnen, Herr Reichspräsident, wieder unter Vorpiegelung falscher Behauptungen jetzt die sofortige Verkündung des Gesetzes erzwingen, indem Sie durch die Dringlichkeitsklärung des Gesetzes überrumpelt werden sollen... Die Entscheidung ist jetzt in Ihre Hand gelegt, Herr Reichspräsident, und die Mehrheit des Volkes erwartet in ihrer Rot, daß Sie dem verfassungsmäßig von dem einsichtigen Teil des Reichstages beschlossenen Aussetzungsvorschlag der Verkündung des Gesetzes entsprechen und den damit geforderten Volksentscheid herbeiführen lassen. Gleichzeitig bitten wir um umgebenen Empfang unserer Abordnung zu mündlichem Vortrag.“

Die Abordnung wurde nicht empfangen. Statt dessen erfolgte noch an demselben Tage — einen Tag nach der Annahme durch den Reichstag — die Verkündung der Gesetze durch den Reichspräsidenten. Wir haben damals keine Vorwürfe gegen Hindenburg erhoben, weil wir keinen selbstherrlichen Diktator an der Spitze der deutschen Republik wünschten.

Aber wir fragen uns heute: Wie kommt es, daß das Gemissen des Reichspräsidenten ihn drängt, für die Fürsten in die Bresche zu treten, nachdem es sich gegen die Enteignung der Sparer nicht sträubte, und wir ver-

sehen es, daß in den letzten Monaten in zahlreichen Sparsparveranlassungen im ganzen Reich durch Entschuldigungen der Entrüstung darüber Ausdruck gegeben wurde, daß „dieser Parteien, die in der Frage der Fürstenabfindung die Heiligkeit des Eigentums und die erhabenen sittlichen Grundzüge der göttlichen Gebote preisen, kein Bedenken trugen, die gleichen Grundzüge gegenüber den Sparern rücksichtslos mit Füßen zu treten“.

Katholische Jugend für Volksentscheid.

Wegen die Rundgebung der Bischöfe.

Der Reichsausschuß der katholischen Jugend zum Schutze des siebenten Gebotes gegen die Fürsten erläßt einen Aufruf, in dem Stellung genommen wird zu der Rundgebung der Bischöfe:

„Bei aller Ehrfurcht vor der uns Katholiken gesetzten Autorität der Bischöfe, heißt es, glauben die unterzeichneten Kreise und Vertreter des katholischen Volkes, dieser Rundgebung aus Gewissensgründen nicht entsprechen zu können. Zur Erläuterung dafür, wie diese Rundgebung, die nicht den Charakter eines religiös und kirchlich bindenden Hirtenbriefes trägt, zu verstehen ist, diene die Antwort des hochwürdigen Bischofs von Regensburg: „Bei allen Handlungen kommt es auf den Gewissensstandpunkt an. Das Urteil aber steht bei Gott.“ Die Schuld an den bei der bischöflichen Rundgebung angedeuteten Folgen tragen die gelegentlichen Faktoren, die nicht willens oder fähig gewesen sind, die Fürstenabfindungsfrage in einer im Sinne des siebenten Gebotes und der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes liegenden Weise zu lösen.“

Die ungeheure materielle und sittliche Not der freien unterdrückten Massen unseres Volkes zwingt uns im Bewußtsein, ungeheure, durch die Arbeit des Volkes geschaffene Werte jenen wieder zu nehmen, die sich ihrer durch Krieg und Gewalt bemächtigt haben, und die nicht die sittliche und religiöse Kraft nach dem Zusammenbruch aufbrachten, sich dieser nach Naturrecht und christlichen Sittengesetz unrechtmäßig angeeigneten Werte in einer Zeit höchster Notstand freiwillig zu entäußern.

Aus diesen grundsätzlichen, unserer Gewissensnot entspringenden Erwägungen heraus werden wir beim Volksentscheid mit Ja stimmen.“

Rundgebungen wie die vorliegende lassen erkennen, daß man es auch in weiten Kreisen des Katholizismus als sittliche Pflicht betrachtet, sich am 20. Juni beim Volksentscheid in positivem Sinne zu betätigen. Das ist um so bemerkenswerter, als Zentrumspartei und katholische Kirche alles daransetzen, um ihre Anhänger davon abzuhalten, dem Entscheid ihre Stimme zu geben. Und eine Bewegung, die derartige Kräfte auslöst, sollte „gegen Moral und Recht“ sein? Das Volk denkt anders!

Flugblätter in der Kirche.

Mit Entrüstung überbringen uns katholische Kirchenbesucher Flugblätter der deutschnationalen Propagandazentrale, die während des Gottesdienstes im Vorraum der Kirchen verteilt werden. Diese Flugblätter richten sich an die Katholiken, die aufgefordert werden, dem „bolschewistischen Volksentscheid“ keine katholische Stimme zu widmen.

Da in dem Zettel auch davon die Rede ist, daß nach der Entzignung der Fürsten die „Entzignung der Kirchen und Klöster“ folge, so erregt diese deutschnationale Heuchelei bei den katholischen Kirchenbesuchern begreiflicherweise besondere Entrüstung, denn auch der einfachste Sinn unter den Katholiken hat noch nicht vergessen, daß die Kirchen und Klöster von den Fürsten in Deutschland enteignet und zu ihrem Privateigentum gemacht worden sind. Ebenfalls ist vergessen, daß die Deutschnationalen und Deutsche Volksparteier, die jetzt die Propaganda für Fürstenhohheit gegen das Volk treiben, die gleichen Parteien sind, die bis auf den heutigen Tag den Katholiken die Gleichberechtigung in Deutschland verwehren,

Im Märchenlande.

Von Emil Roth.

Die Mittagssonne bahnt sich brennend ihren Weg durch die grauen Scheiben des Straßenbahnwagens; ihre Hitze macht mich schläfrig. Ich lehne mich blinzeln in die Ecke, da sehe ich neben mir zwei ärmlich gekleidete Mädchen sitzen, die in ihre Schulhefte vertieft sind. Das gibt mir einen Ruck. Beide sind eifrig bemüht, mit einem Lineal zwei Seiten ihres Heftes durch senkrechte und wogerechte Striche zu zerlegen.

Die Straßenbahn stolpert über ausgefahrene Gleise, und einige der Striche werden krumm und knickbeinig. Aber so genau nehmen es die Mädchen von heute wohl nicht mit dem geraden Weg — Und schon malen die kleinen Finger zwischen die frisch gezogenen Linien Worte und Zahlen. Ich schiebe meinen Kopf ein wenig näher, die Art der Schulaufgabe zu ergründen: Sie müssen lernen, ein Haushaltsbuch zu führen!

Mein Blick fliegt über die Spalte „Ausgaben“. Da steht, ein wenig ungenau: 24. Mai: 1 Pfund Butter, 6 Eier, 5 Pfund Kartoffeln, 2 Pfund Zucker, 2 Pfund Fleisch, 1 Pfund Aufschnitt, 2 Liter Milch, 16 Schrippen... 9,05 M. Am 25. Mai: 3 Zentner Kohlen, 12 Schrippen, 1 Pfund Butter, 1 Liter Essig, 2 Pakete Pudding... 7,40 M. Ach, alle die Zahlen daneben addieren sich zu großen, großen Summen. Und rechts steht prächtig das Wort Einnahmen und darunter: Wirtschaftsgeld für die Woche vom 24. bis 29. Mai 52 M.

Burpurn färbte Eifer die Wangen der beiden kleinen schreibenden Mädchen. Ihre Augen glänzten, die Haare fielen ihnen widerpenstig in die Stirne.

Schläsch! Nicht stören! Sie wandern beide in einem Märchenlande, das sie, wenn sie nicht mehr Kinder sind, wohl nie mehr betreten werden.

Nur still. Bald, allzubald wird der schöne Zauber weichen.

Die Kämpfe im Bühnenverein.

Das Berliner Theaterleben ist in den letzten Tagen außerordentlich beunruhigt worden. Der Intendant des Staatstheaters, Leopold Jessner, der Vorsitzende des Verbandes Berliner Theaterleiter, hat seine Entlassung gegeben. Da der Verband Berliner Theaterleiter nur eine Untergruppe jenes deutschen Bühnenvereins ist, in dem sämtliche Direktoren der deutschen Privattheater und auch die Leiter der Staatstheater und gemeinnützigen Bühnen vereint sind, wurde die innere Existenz durch den Rücktritt Jessners sehr stark erschüttert. Gleichzeitig teilten die Direktoren Max Reinhardt, Victor Barnowsky und Eugen Robert, die sich in der bekannten Interessengemeinschaft verbündet hatten, mit, daß sie aus dem Deutschen Bühnenverein austreten wollen. Dieser Entschluß der verbündeten Trustdirektoren hat viel Staub aufgewirbelt. Besonders auch die am Theater loyal interessierten Kreise fürchteten mit Recht, daß die bindenden und absolut notwendigen arbeitsrechtlichen Be-

wie sie noch bis vor wenigen Jahren das Bismarcksche Jesuiten-gesetz aufrecht erhalten haben.

Die katholischen Kirchenbesucher wenden sich in ihrer Entrüstung mit den Flugblättern an den „Vorwärts“, da den Zentrumsblättern durch ihre Parteilichkeit Schweigegebot auferlegt worden ist. Die Wirkung der Propaganda in den Kirchen ist also gerade die gegenteilige von der, die ihre Veranstalter erwarren haben. Und wenn das Zentrum sich jetzt auf die Seite der Fürsten stellt, so wird es selbst bei den nächsten Wahlen schon die Folgen seiner Haltung zu spüren bekommen.

Claf wird offenerzig.

Er fordert zum Bürgerkrieg auf.

Der Verlauf der gestrigen Reichstagsstimmung hat den Herren von rechts begreiflicherweise nicht gefallen. Das kommt in der ganzen Rechtspresse zum Ausdruck, aber nirgends so deutlich wie in der „Deutschen Zeitung“, dem Organ des Herrn Claf. Dieses Blatt überschlägt sich in freisinnigen Beschimpfungen des Reichstags und des Landtags und redet mit brutaler Deutlichkeit die Sprache der Gewalt.

„Souveränität des Böbels. 1 Leutnant und 10 Mann; was den deutschen Parlamenten fehlt“ lautet die Ueberschrift. Darunter wird u. a. ausgeführt:

Erwähnt sei auch in diesem Zusammenhang der Widerspruch, daß zwei Parteien der „Koalition“ in ihren jämmerlichen Erklärungen die moskowitzischen Manöver unterstrichen und gegen ihr eigenes Kabinett zu Felde zogen. Die Vorgänge beweisen nur aufs neue, daß sich die deutschen Parlamente auf Kosten des hungernden Volkes mehr und mehr zu Sammelbecken von staatlich organisiertem politischem Pöbelmaterial entwickeln.

So sehr die offene Sprache der „Volksvertreter“ dem deutschen Namen von neuem Spott und Verachtung bringen mag, — sie kann nur das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins bewirken. Sie kann die Kampffront der Entschlossenen nur stärken, die sich seit Jahren durch bittere Erfahrung darüber klar sind, daß die Kanaille nur die Peitsche bündigt und daß der Herr geworden Anecht das Knecht mit dem eigenen Maßstab nur als Schwäche wertet.

Sprechen wir nicht von denen, die in Bündeln, Parteien und Presse die organisierte Feigheit des Bürgertums vertreten. Sie bilden zwar, äußerlich gesehen, das Gros der Bürgerwertigkeit und täuschen den schwachen Anbetern der Masse Macht vor. Bei Auseinandersetzungen, die Opfer fordern, scheiden sie erfahrungsgemäß aus. Behalten wir einerseits um so schärfer jene im Auge, die die Führung der verhegten Massen übernommen haben, und andererseits die unbeherrschbaren Entschlossenen, die ihre Ziele nur im offenen Kampf und Sieg über die mehrfache Mannschaft des erwachenden Deutschlands erringen würden. Wer offenen Auges dem Lauf der Dinge folgt, erkennt von Tag zu Tag von neuem, daß der Auseinandersetzung nicht mehr auszuweichen ist. Der Stärkere behält das Feld der Zukunft.

Als die Polizei vor ein paar Wochen bei diesen Burschen hausuchte, gaben sie sich als die harmlosesten Vämmer und weinten öffentlich über ungerechte Verfolgung. Sehr reden sie ganz offen die Sprache des Bürgerkriegs.

Aber wenn am Montag die Hunderttausende zur Demonstration, am 20. Juni die Millionen zum Volksentscheid aufmarschieren, dann werden diese frechen Maulaufreißer wieder ganz kleinlaut werden.

Abänderung des Republikshutzgesetzes.

Zur Unabhängigkeit der Richter.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet heute die Frage der Aufhebung oder Abänderung des Republikshutzgesetzes. Dabei stellte sich heraus, daß für die völlige Aufhebung des Gesetzes nur Kommunisten, Deutschnationale und Bölsche waren. Diese Stellungnahme der Kommunisten ist umso merkwürdiger, als die Folge einer Aufhebung des ganzen Gesetzes die wäre, daß die Regierung damit das letzte Recht verlieren würde, früheren Landes-

stimmungen, die zwischen Direktoren und Schauspielern bisher gültig waren, sabotiert werden sollten. Die vom Bühnenverein abprin-

genden Direktoren teilten ferner mit, daß ihre Unternehmungen die hohe Luftverkehrssteuer nicht mehr tragen könnten, und es soll ihnen nun auch bemilligt werden, daß sie künftig nur 3 Prozent ihrer Einnahmen als kommunale Steuer zu zahlen haben.

Dieser Erfolg, der nicht zum letzten dem bisherigen Vorsitzenden Jessner als Verdienst zuzurechnen ist, scheint auch die organisationsmüden Trustdirektoren ein wenig gestärkt zu haben. Es sieht so aus, als wenn nach dem Vorn, der während der letzten Tage tobte, der Arbeitsfrieden wieder kommen soll, als wenn die vom Bühnenverein wegpringenden Theaterleiter die Absicht hegen, ihren in der Hitze der Woge und der Polemik gefassten Beschluß rückgängig zu machen.

Wie dem auch sei, die Ereignisse der letzten Tage beweisen, daß es in allen Berliner Theaterdirektionen bedenklich kritisch ist. Die Direktoren wissen noch nicht aus noch ein, wie sie für die Zukunft die Saison gestalten sollen. Sie beneiden die staatlichen und städtischen Theater, die mit öffentlichen Zuschüssen arbeiten können und von keiner Abgabenlast betroffen sind. Sie rufen die Öffentlichkeit auf, damit die Gefahr, die den Privattheatern immer näher rückt, deutlich gemacht und den Kunstfreunden eindringlich vorgestellt wird. Bis her sind die am schwersten Leidtragenden innerhalb dieser Theatermiserie die wirtschaftlich schwächsten Elemente innerhalb jedes Theaterbetriebes, die Schauspieler. Obwohl die Notwendigkeit eines Ensembles von den Theaterleitern immer wieder mit vielen und lauten Idealsphären betont wird, sind die Arbeitgeber doch sehr sparsam in der Gewährung fester Verträge. Die Arbeitslosigkeit und Unsicherheit wächst unter den Schauspielern ständig. Einige haben für die kommende Saison Kontrakte eingehen können, doch im allgemeinen wird darüber geklagt, daß die neue Devise eine ungeheure Gogendrückerei bedeutet. Aus alledem ergibt sich, daß bei Theaterdirektoren und Bühnenkünstlern heute noch immer eine starke Mutlosigkeit und Verstimmung herrscht.

Wieder ein englisches Lustspiel.

Der Engländer Noel Coward hat eine hübsche Lustspieltechnik heraus. Das wissen wir seit seinem „Weekend“. Man merkt es auch an dem anspruchsvollen Lustspielchen „Gejallene Engel“, mit dem gestern die Sommerdirektion des Theaters in der Königgräber Straße den Zuschauern ein paar gemütlich-amulante Stunden verschaffte. In den „Gejallenen Engeln“ fängt es ganz herkömmlich an. Euplegat bürgerliches Milieu, ein hübsches blaßes und ein hübsches spießig, ein kleiner Ehezwist, gedehnt vorgezogen. Die Langeweile droht heranzuschleichen. Und dann wird es ganz leicht spannend, obwohl an sich gar nichts Aufregendes vorgeht. Zwei junge Ehefrauen haben vor sieben Jahren einen Liebhaber gehabt, und der tritt plötzlich auf den Plan. Das heißt, vorläufig erwarten sie ihn nur, erlebnisfüchtig und feierhaft erregt. Vom ersten Akt an hoffen sie ihn endlich einmal zu sehen, aber er kommt erst im dritten, als die Erwartung bei allen Beteiligten in Spannung ungefragt ist. Cowards Kunst besteht darin, diese Spannung allmählich auch auf den Zuschauer überbringen zu lassen. Natürlich entstehen aus der überreizten Stimmung lauter Konflikte: zwischen den beiden Ehefrauen, die sich in die Haare geraten, dann mit ihren beiden Ehemännern. Die Ehen drohen auseinander-

fürsten gegenüber Aufenthaltbeschränkungen oder Landesverweisung anzuordnen. Genosse Rosenfeld regte an, wenigstens die Bestimmungen aufzuheben, auf Grund deren der Staatsgerichtshof oft sogar gegen seinen Wunsch genötigt wäre, Zuchthausurteile zu verhängen. Ein solcher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Im Laufe der Beratungen hatte der Kommunist Rosenberger darauf hingewiesen, daß die Hochverratsachen nach Aufhebung des Staatsgerichtshofes von einem Senate des Reichsgerichts abgeurteilt würden, dessen Präsident Riedner sei. Und er hatte deshalb scharfe Kritik an der Reichsregierung geübt. Staatssekretär Voel verteidigte diese, indem er darauf hinwies, daß die Unabhängigkeit der Richter einen Eingriff in die Geschäftsverteilung nicht zuließe. Genosse Rosenfeld schilderte auf Grund seiner Erfahrungen als Justizminister, wie damals Staatssekretär Mügel, gestützt auf die Praxis früherer Minister, durch ein einfaches Telefongespräch die Vernehmung der zu scharfen Richter herbeigeführt habe. Staatssekretär Voel glaubte, Herrn Mügel in Schutz nehmen und die Darstellung des Genossen Rosenfeld bestritten zu sollen, worauf ihm dieser erwiderte, daß er diese Vorgänge erst kürzlich vor einer großen Juristenversammlung vorgetragen habe, an der auch Mügel teilgenommen habe, ohne daß dieser aber Widerspruch erhoben hätte. Dieser Vorfall aus dem November 1918 zeigt nur, daß schon in der Zeit der Monarchie eine wirkliche Unabhängigkeit der Richter gar nicht existierte.

Der Umbau der Berliner Oper.

Einigung im Hauptausschuß des Landtages.

Der Hauptausschuß des Landtags nahm am Freitag zu der vielumstrittenen Frage des Umbaus der Berliner Staatsoper Stellung. Es lag ein Zentrumsantrag vor, der darauf hinweist, daß der Umbau in allen künstlerischen Kreisen immer stärkere Bedenken erzeuge. Der Antrag fordert vom Staatsministerium, die weitere Fortsetzung des Umbaus zwecks neuer Beratung sofort einzustellen.

Die Debatte zeigte, daß fast keine Partei etwas von einer Einstellung der Arbeiten wissen will. Abg. König (Soz.) verlangte mit Entschiedenheit die Fortführung der Arbeiten und betonte, daß bei einer nochmaligen Nachprüfung kaum viel herauskommen werde. Abg. Schömering (Str.) machte den Vorschlag, die kleine Straße östlich des Opernhauses und das Prinzessinnenpalais zu befestigen. Demgegenüber bemerkte der Vertreter des Innenministeriums, daß die Befestigung der kleinen Straße aus Verhebrüchlichkeiten nicht durchgeführt werden könne. Von demokratischer Seite wurde betont, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals ihre Zustimmung zur Restierung der kleinen Straße geben würde. Auch der Finanzminister forderte, daß die begonnenen Arbeiten unter allen Umständen fortgeführt werden.

So kam schließlich der Ausschuß zur Annahme eines Antrages, der das Staatsministerium erlucht, bei weiterer Fortsetzung nur der notwendigen Umbauarbeiten im Benehmen mit dem Hauptausschuß das Opernhausprojekt unter Hinzuziehung namhafter Sachverständiger und Künstler einer Nachprüfung zu unterziehen und bis zum 1. Juli eine möglichst einwandfreie Lösung des Gesamtumbaus herbeizuführen.

Der Finanzminister stellte in Aussicht, evtl. den Seitenbau nicht um 6, sondern nur um 3 Meter erweitern zu lassen, was ein neues Entgegenkommen an die Wünsche des Zentrums bedeutet. Da der ministerielle Entwurf auch die Befestigung auf dem Platz zwischen Staatsoper und Hedwigstraße sowie die Vorrückung des auf dem Platz befindlichen Denkmals vorsieht, kann von einer Verdeckung der Hedwigstraße kaum mehr gesprochen werden. Es ist daher damit zu rechnen, daß der ministerielle Entwurf für den Opernhausumbau mit einigen kleinen Änderungen durchgeführt wird.

In Korea, das die Japaner beherrschen, wurde der letzte Kaiser beerdigt. Die riesige Beteiligung des Volkes daran war wohl eine Demonstration für die staatliche Unabhängigkeit. Man meldet, daß etwa 40 Studenten verhaftet, mit großem Geschrei aufgehend e Flugblätter zu verteilen. Die Studenten wurden verhaftet, die Menge rief aber Schreie aus, was die Verwirrung noch mehrte.

Volksentscheid in Australien. Das australische Parlament hat mit 26 gegen 2 Stimmen Verfassungsänderungen auf dem Wege des Volksentscheids für zulässig erklärt.

zu plagen. Als der Liebhaber eintritt, halbiert er die Ehemänner tüchtig über den Köpfen, und der Vorhang fällt in dem Augenblick, wo sie (zu spät) merken, daß sie die Eingeleiteten sind. Der Dialog perlt lustig und munter dahin. Die netteste Liebeserzählung des Abends bildete aber Carola Reher (Klabunds Frau), die den einen der beiden gefallenen Engel spielte. Sie blüht ganz verwundert in die Welt und schnattert die aufgereiztesten Dinge mit ruhigem Tonfall daher. Die Selbstverständlichkeit ihres Spiels hat den Reiz der Anmut und Natürlichkeit. Einen neuen Tap von Dienstmädchen stelle Luise Morland auf die Beine. Aus ihrer kleinen Rolle holt sie mit einem himmelnden Blick oder mit gewollt ungraziöser Haltung höchst spöhige Wirkungen heraus, ohne die Tölpelhaftigkeit ihres Wesens zu unterbrechen. Dar.

Sommererregungen im Theater. Der fehlende Sommer könnte den Theatern Vergnügen bereiten, aber leider geben sie sich keine große Mühe, dem Publikum den Sommer zu erheben. Im Theater in der Klosterstraße ist die gut eingeleitete „Spanische Fliege“ berufen, mit ihren herben Schwamgwürmern das Nickergerümpel dieser Regenzeit durch Lachen vergessen zu machen. Aber was hat das „Trianon-Theater“ für Absichten mit uns vor? Das angestammte Haus der Privatitäten und Götterriaden bleibt seiner Tradition nur noch im Titel seiner Neuheit treu. Aber der „Kampf in der Brautnacht“ ist nur ein Aushängeschild, hinter dem ein sehr umständliches, schlecht gemachtes, weinerliches Debattierstück über die Homosexualität verborgen ist. Ein Erst, der keiner ist, verucht darum einen unglücklich verheirateten Homosexuellen zu „heilen“. Aber die Natur heilt besser: die junge Frau schlägt sich zu keinem normalen Freunde, und der Pseudoehemann erschießt sich. Wagner Hirschfeld wird dem Verfasser Ulrich Wendt für seine neue Theorie der Homosexualität dankbar sein: sie entsteht durch die verschiedenen Wünsche der Eltern in der Brautnacht. Sie wollte einen Jungen und er ein Mädchen, und so entstand der Mischling. Die Schauspieler bemühten sich vergebens, dieser Vorstadtsaffäre Leben einzuhauchen. Das zweite Stückchen, eine Grotteskerückung eines Unterleuchters („Der Sentationsprozeß“), hatte mehr Farbe und Blut, wenn sie auch literarisch nicht zu werten ist. Paula Klär gab darin ein taffes Strahlenmädchen.

Schutz den Estimos! Umfassende Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der kanadischen Estimos fordert Kapitän Henry Lofe Rynn, der nach einem zehnjährigen Aufenthalt in der Arktis jetzt nach Montreal zurückgekehrt ist. Er erklärt, daß die Estimos des kanadischen Polargebietes dem nötigen Untergang geweiht seien, wenn nicht Schutzgebiete für sie errichtet würden. Während z. B. die Estimobevölkerung des Radenzellulafeldes 1896 noch 2000 Seelen betrug, sind es heute nur noch 200. Baffinland hatte 1870 noch 5000 Estimos, jetzt nur noch 1800. Rynn befürwortet die Schutzmaßnahmen nach demselben, weil die Estimos das einzige Volk sind, das imstande wäre, die geplante wirtschaftliche Ausbeutung der Kenntnisse durchzuführen.

Hauptmann „Weber“ als Film. Eine der großen deutschen Filmgesellschaften erwarb soeben die Verfilmungsberechte für Herbert Hauptmanns fassliches Drama „Die Weber“. Es heißt, daß die Art der Regieführung in der Linie des Potemkin-Filmes bewegen wird.

Aetherexplosion in Schöneberg.

Ein Arbeiter getötet, mehrere Personen verletzt.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute mittag in Schöneberg in der Bessmer Straße 17. Aus bisher noch ungeklärten Ursachen explodierte ein großer Aetherbehälter. Hierbei wurde ein Arbeiter, dessen Personalien noch nicht feststehen, getötet und mehrere Personen schwer verletzt. Die Feuerwehr erschien kurz nach Bekanntwerden des Unglücks und nahm die ersten Rettungsmassnahmen vor. Der Raum, in dem die Explosion stattfand, geriet in Brand. Die Feuerwehr mußte aus zwei Rohren Wasser geben. Bei Redaktionschluss dauerte das Feuer noch an.

Die Ratsmächte zum Ausscheiden Brasiliens.

Genf, 11. Juni. (W.Z.) Nach dem Gedankenaustausch über die spanische Erklärung, die allgemein als eine vorläufige bezeichnet wurde, wurde der Bericht des japanischen Ratsmitgliedes über die Vorschläge der Studienkommission für die Ratsreform genehmigt. Der Bericht läuft auf die Feststellung hinaus, daß die Vorschläge „von höchstem Interesse“ seien (vermeidet also eine Festlegung des Rates. Die Red.). Mello Franco enthielt sich der Stimme. Scialoja betonte vor der Abstimmung, daß Italien mit der Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder auf neun unter der Voraussetzung einverstanden sei, daß die Gesamtzahl der Ratsmitglieder von höchstens 14 auch dann nicht überschritten werden darf, wenn nachträglich noch neue ständige Ratsmitglieder geschaffen werden sollten. Bei der Schaffung jedes späteren ständigen Ratsmitgliedes müßte vielmehr die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder um einen Sitz verringert werden. Er begründete diese Einschränkungen mit dem Hinweis auf die Einstimmigkeitsklausel und auf die Notwendigkeit, den Rat arbeitsfähig zu erhalten. Der Rat verzichtete darauf, sich über das Datum der zweiten Tagung der Studienkommission auszusprechen, und überließ es dem Präsidenten des Völkerbundesrates, die auf den 23. Juni angesetzte Tagung im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission gegebenenfalls zu verschieben.

Dann folgte Brasiliens Erklärung über seinen Verzicht auf seinen nichtständigen Ratsitz. Der Präsident Guani Uruguay nahm darauf das Wort, um seinem tiefen Bedauern über diese Mitteilung der brasilianischen Regierung Ausdruck zu geben. Er betonte, daß sein Land grundsätzlich gegen die Unterscheidung in ständige und nichtständige Ratsmitglieder sei und für die absolute Gleichheit aller Völkerbundsstaaten eintrete.

Brasilien und Uruguay, die beide eine gerechte Vertretung der südamerikanischen Staaten im Völkerbundsrate erstrebten, hätten, so führte Guani aus, dabei verschiedene Wege eingeschlagen. Wäre die Frage zur Erörterung gestellt, ob für Südamerika ein ständiger Ratsitz geschaffen werden soll, so würde die Regierung Uruguays sicherlich für diese Forderung eintreten. Nach Worten persönlicher Dankes und persönlicher Hochschätzung für Mello-Franco sprach Guani schließlich die Hoffnung aus, daß die jetzige Entscheidung der brasilianischen Regierung keinen endgültigen Charakter annehmen werde.

Nach diesen Worten wollte Mello-Franco den Ratsitz verlassen, er wurde aber durch eine Geste des Präsidenten zurückgehalten, worauf Chamberlain das Wort ergriff, um zu erklären, daß Guani im Sinne aller Ratsmitglieder gesprochen habe. Er meldete dann einige Vorbehalte gegenüber den juristischen Ausführungen Mello-Francos an, die sich auf Art. 5 des Völkerbundsstatutes stützen, auf die aber im Augenblick nicht eingehen wollte, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, da etwas Endgültiges und Unwiderrufliches nicht geschehen sei, nach den Verhandlungen in der Studienkommission, im Rat oder schließlich in der Versammlung selbst der Weg für die weitere Mitarbeit Brasiliens gefunden werde. Vielleicht könne, so schloß Chamberlain, Brasilien nach politische Gründe finden, um seinen Entschluß, der nach seiner Auffassung heute zwar angezeigt, aber nicht tatsächlich angemeldet wurde, einer Nachprüfung zu unterziehen.

Scialoja, der darauf das Wort nahm und wiederholt die enge Freundschaft zwischen Italien und Brasilien aus ethischen Gründen betonte, wies auf die große Verlegenheit hin, in die der Völkerbundsrat durch die Entscheidung der brasilianischen Regierung gerade in dem Augenblick geräte, wo er eine Lösung des schwierigen Problems der Ratsreform suche. Eine Demission sei nicht gültig, solange sie nicht angenommen werde, und weder der Rat noch die Versammlung würden nach seiner Meinung die Demission annehmen. Juristisch betrachtet, so sagte Scialoja, müsse Brasilien solange im Rate mitarbeiten, bis die Völkerbundsversammlung anders beschlossen habe. Der Rat müsse vollzählig sein, damit er auch moralisch vollkommen arbeitsfähig bleibe. Mello-Franco müsse also im Namen Brasiliens bis zu einer Entscheidung dem Völkerbundsrate angehören, und er bitte ihn, beim Präsidenten der brasilianischen Republik seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit dieser seinen Entschluß bis zur Entscheidung im September durch die Völkerbundsversammlung zurückschleife.

Paul Boncour, der diese Ausführungen wiederholt mit lebhaftem Kopfnicken unterstützte, schloß sich ihnen in einer Rede an, indem er erklärte, daß

der Rat überhaupt kein Recht habe, diese Demission anzunehmen, und daß nur die Völkerbundsversammlung, die Brasilien das Mandat im Rat übertragen habe, diesen Auftrag zurücknehmen könne. Dem juristischen Standpunkt aus bleibe, so sagte Paul Boncour, Brasilien Mitglied des Völkerbundsrates, weil ein Willensakt der brasilianischen Regierung allein zur Demission nicht genügen könne.

Ishii-Japan gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse der Entwicklung des Völkerbundes die Entscheidung Brasiliens nicht definitiv und unwiderruflich sei.

Benesch-Tschechoslowakei unterstützte die Gedankengänge Scialojas und Paul Boncours, wonach der Rat die Demission Brasiliens überhaupt nicht annehmen könne. Benesch schloß, er hoffe, daß bis zum September die Lage sich soweit entwickle, daß der Erklärung Mello-Francos keine Geltung zukomme.

Mello-Franco dankte für die ihm persönlich und seinem Lande erwiesenen Sympathiebekundungen, die vor der Öffentlichkeit Brasiliens mit Genugtuung gewürdigt worden würden, und erklärte dann weiter, im übrigen habe er keine Vollmachten, zu den Ausführungen Scialojas und Paul Boncours Stellung zu nehmen.

Mello-Franco verabschiedete sich hierauf von jedem einzelnen Ratsmitglied und verließ dann den Ratsaal, während gleichzeitig der Rat zu einer vertraulichen Sitzung zusammentrat, die sich jedoch, wie verlautet, nicht mit der durch die Mitteilung der brasilianischen Regierung geschaffenen Lage befaßte, sondern einigen noch unerledigten Punkten der Tagesordnung galt. Die geheime Sitzung dauerte nur eine halbe Stunde. Mit ihrem Abschluß wurde gleichzeitig die 40. Tagung des Völkerbundsrates für beendet erklärt.

Werbematerial für den Volksentscheid.

Nur noch wenige Tage stehen bis zum 20. Juni für die Agitation zur Verfügung. In einem bisher ungekannten Ausmaß und mit ungewöhnlicher Schärfe hat der Kampf eingeleitet. Die „Nationalen“ haben ungeheure Summen für Propaganda ausgeworfen. Eine widerlich verlogene Heftbrochüre wird in 12 Millionen ins Land geworfen. Die Sozialdemokratie hat für die Propaganda ein gut ausgewähltes und wirksam aufgemachtes Werbematerial herausgegeben. In der Zentrale der Berliner Organisation herrscht von morgens bis abends reges Leben. Unaufhörlich kommen und gehen Genossen, um für die Abteilungen Material abzuholen. In langen Reihen liegen die Pakete mit Plakaten, Flugchriften und Handzetteln aufgestapelt. Die Plakate sind propagandistisch ausgezeichnet, beschränken sich auf nur wenig Text, mehr auf bildliche Wiedergabe. So sind auf einem Wilhelm beim Heljaden, Ludendorff in voller Generalsuniform, ein einfacher Arbeiter und ein Arbeiterloster mit Frau und Kind nebeneinander abgebildet. Und darunter einfach und schmutzig der tägliche Verdienst eines jeden einzelnen: Wilhelm fürs Reichstun 1650 M., Ludendorff für Putzsch 50 M. Pension und der Arbeiter für 8 Stunden schwerster Arbeit 7 M. und ein Arbeiterloster mit Frau und Kind 1,50 M. Ein anderes Flugblatt zeigt in Gegenüberstellung Schloß Oels, den Wohnsitz des Kronprinzen, und eine Höhle vor den Toren Berlins, die sich ein Wohnungs- und Stellungsloster gebaut hat. Ein kleines Plakat zeigt Wilhelm im Purpurmantel um seine „kleine“ Abfindung und daneben einen Krüppel auf Krücken nur mit einem Bein, zerklüftener Uniform und ausgemergeltem Gesicht, wie er so häufig in den Straßen zu finden ist, um ein paar Pennie bettelnd.

Kleine Handzettel enthalten eine Reihe der „geistreichen“ Aussprüche unserer Landesväter. Ein sehr wirksames Plakat zeigt eine Fürstendame, die, nach Geld greifend, vom roten Hammer „Volksentscheid“ zermalmt wird. Neu als Werbemittel sind die vom Bezirksverband herausgegebenen Postkarten. Sie sollen verwandt werden, um Angehörige und Bekannte auf dem Lande an den Abstimmungstag zu erinnern. Auch die Wanderlichtertruppe ist in den Dienst der Propaganda gestellt, leuchtende Lettern mahnen jeden Abend, von hohen Dachfirsten, an den 20. Juni. In den großen Lichtspieltheatern wird ab dieser Woche ein Propaganda-Plakatbild. Licht große Möbelwagen sind von Zeichnern wirksam bemalt und fahren ab nächster Woche jeden Tag durch die Straßen Berlins.

Im Kampf um Recht, gegen den Raub von Staatseigentum ist das Werbematerial der Partei, das Plakat und Flugblatt ein wertvoller Helfer. Kein Plakat, kein Flugblatt darf ungenützt bleiben.

Das Volk steht auf!

Die Empörung des Volkes über den Raubplan der ehemaligen Fürsten schlägt immer weitere Wellen. Unsere Versammlungen sind überfüllt, und die überaus starke Zuzunahme, die die Referenten der Partei finden, sind ein Beweis, wie sehr dieser Kampf die Gemüter aufgeregelt hat. Das bewies auch die stark besuchte Versammlung des Bezirks Charlottenburg im Saal des Schillertheaters, Bismarckstraße, in der die Reichstagsabgeordnete Genoffin Clara Böhm-Schuch über den Volksentscheid und seine Aufgaben sprach. In eindrucksvollen Worten schäuferte die Rednerin die ungeheure Not des deutschen Volkes, die in tristem Gegensatz zu dem Luxusleben der Epigonen und ihren Milliardenforderungen steht. Der stürmische Beifall, den die Rednerin fand, war Beweis dafür, daß ihre Mahnungen am 20. Juni auf fruchtbaren Boden fallen werden. Mit einer Aufforderung zur Verberarbeit für den Volksentscheid wurde die Versammlung geschlossen.

Die Schöneberger Genossen veranstalteten gestern ihre dritte Kundgebung in dieser Woche, die wieder eingeleitet wurde durch einen Werbezug. Der Zulauf des Publikums war so stark, daß die Kula des Helmholtz-Gymnasiums überfüllt war, als Genosse Rubens das Wort zu eingehenden Ausführungen nahm. Er verglich die Abfindungsprojekte der Fürsten mit den Aufwertungsprojekten. Der einfache Mann des Volkes hat nur zum winzigen Bruchteil seine mühsam erparten Ersparnisse aufbewahrt erhalten, während in Deutschland sich Richter fanden, die Summen, die den Fürsten zustanden, auf 300 bis 400 Proz. aufwerteten. Die Versammlung, die mit starkem Interesse gerade diese Gegenüberstellungen aufnahm, dankte dem Referenten durch langanhaltenden Beifall.

Zu einer Straßendemonstration hatten die Genossen des Bezirks Kreuzberg gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am gestrigen Abend aufgerufen. Am Sammelplatz Fontanepromenade hat sich bald ein buntes Gewimmel gebildet. Von der Fontanepromenade aus bewegte sich der lange Zug, der außer dem Reichsbanner-Lamborkorps zwei Kapellen mit sich führte, zunächst durch die südlichen und südwestlichen Straßen, und später im Südosten die Werbeaktivität fortzusetzen. Der Zug selbst wurde links und rechts von einer großen Menschenmenge begleitet und löste sich gegen 10 Uhr abends nach einer patenden Ansprache des Kameraden Robinohn ohne Zwischenfälle auf.

Im Rahmen des gestrigen Kunstfests am Friedrichshain, der mit einer Szene aus dem Leben Bassalles und einigen zeitgemäßen Regitationen wirkungsvoll eingeleitet wurde, sprach Genoffin Marie Juchacz zum bevorstehenden Volksentscheid. Sie appellierte in eindrucksvollen Worten an das Verantwortungsbewußtsein der Frauen als Mütter und Gattinnen. Sie legte ihnen nahe, wie sehr die Frau, vom menschlichen und stitischen Standpunkt aus, verpflichtet sei, Söhnen und Männern im Kampf beizustehen. Gerade auf den Schultern der Frau liegt ja die Hauptlast des Alltags mit seinen Kleinlichkeiten, nagenden Sorgen. Wie schwer dies heute ist, wo der Mann schlecht oder überhaupt nichts verdient, die Kinder oft noch klein oder ohne Arbeit sind, kann jede Frau am besten selbst erkennen. Bei einer solch ungünstigen Wirtschaftslage sollen nun für Zwecke des Wohllebens ausgerangelter Nachhaber Millionenwerte verschwendet und aus dem Volke gepreßt werden? Wilhelm II., der „Julage“ verlangt, bezieht — einzig aus dem Titel seiner einstigen Herrlichkeit — ein Tageseinkommen von über 1600 Mark, ein arbeitsloser Familienvater 2,50 bis 3 Mark. Da erübrigt sich wohl jedes weitere Kommentar. Noch ein kurzes Beispiel: Die Arbeiter der Schichau-Werke in Elbing verdienen heute bei fünfstündiger, unregelmäßiger Kurzarbeit in 14 Tagen etwa 18 M. Die wirkungsvolle Rede, die all den zahlreich versammelten Frauen so richtig aus dem Herzen gesprochen war, fand starken Beifall. Den Abschluß dieses künstlerisch wie ethisch wohl gelungenen Abends bildeten nochmals Regitationen.

Tödlicher Unfall eines Radfahrers.

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich heute morgen kurz nach 8 Uhr am Platz der Republik, Ecke Roosstraße. Der 22jährige Student der Philologie Hans Moder aus der Jagowstr. 24 kreuzte in sehr schnellem Tempo auf seinem Rade die Straße und stieß mit dem hinteren Teil eines Privatstratzenwagens, in dem sich zwei Direktoren der AEG. befanden, zusammen. Der Anprall war so heftig, daß M. mit dem Kopf durch das linke Wagenfenster flog und die starke Glasscheibe durchschlug. Hierbei wurden dem Unglücklichen beide Halsschlagadern durchschnitten; er wurde sofort zur nahegelegenen Charité geschafft, wo er aber kurz nach der Einlieferung infolge Verblutung verstarb. Einer der Insassen des Autos wurde am Auge erheblich verletzt. Die Schuld an dem tragischen Vorfall soll den tödlich Verunglückten selbst treffen.

Schaufensterpropaganda für Fürsten. Der Juwelier Werner, Friedrichstraße Ecke Kronenstraße, über den wir kürzlich berichteten, hat schon wieder das Bedürfnis verspürt, seine Fürstendinerie durch Propaganda in seinem Schaufenster publik zu machen. Zwischen Gold- und Silberkrum prunkt heute wieder Wilhelm in großer Uniform und ordenbesetzt. In den gestrigen Nachmittagsstunden sammelte sich eine Menschenmenge, die stürmisch die Entfernung der üblen Dinge forderte. Der Polizei gelang es, den Juwelier und seine Fensterhelfer vor Tätlichkeiten zu

bewahren. Es wurde aber dem Juwelier bedeutet, daß er das Ausstellen derartiger Dinge auf eigene Gefahr unternehme. Darauf hat nun zunächst Herr Werner seine eiserne Dolchwehre schließend vor Wilhelm heruntergelassen. Wann wird Herr Werner nun endlich den Dankesbrief aus Doorn bekommen!

Die Wünsche der Polizeibeamten.

Beschwerden über skandalöse Behandlung durch Offiziere.

Der Gau Groß-Berlin des Verbandes Preussischer Polizeibeamten E. B. hatte zu gestern abend nach dem Saalbau Friedrichshain eine Vollerversammlung seiner Mitglieder einberufen, zu der etwa 4000 Polizeibeamte erschienen waren. Der Verbandsvorsitzende Schrader hielt ein ausführliches Referat über „Die Auswirkung des Polizeiletzats 1926 in Verbindung mit dem neuen Polizeibeamtengesetz“. Seine Ausführungen richteten sich hauptsächlich gegen die fortwährende Verlängerung des Reichsrahmengesetzes für die Schutzpolizei der Länder, das die Polizeibeamten zu ihren Ungunsten aus dem allgemeinen Beamtenrecht heraushebt. Den Forderungen der politischen Fraktionen des Reichstages auf Aufhebung dieses Gesetzes wurde von den Reichsregierungen bis jetzt nicht Rechnung getragen, trotzdem von ihr die Aufhebung mehrmals versprochen wurde. Man muß auch nach der jetzt wieder beantragten Verlängerung des Schutzpolizeigesetzes bis zum 30. September annehmen, daß der Regierung der Wille zur Tat fehlt. Die Ausnahmestellung der Polizeibeamten zieht es nach sich, daß sie ihren schweren Beruf nicht mit der notwendigen Berufsbegeisterung ausüben. Er ging dann näher auf die Zustände in der Schutzpolizei ein, aus denen klar hervorgeht, daß anstatt einer Entmilitarisierung eine Militarisierung vor sich geht. Die Uebergriffe einzelner Polizeibeamten gegen die Bevölkerung sind zum größten Teil eine Folge der falschen Ausbildung und Erziehung. An Hand einer graphischen Darstellung wies der Redner nach, daß die Polizeibeamten weit unter den Bezügen der Schutzmannschaft in der Vorkriegszeit stehen, was dem neuen Staat wahrlich nicht zur Ehre gereiche. Trotzdem durch den neuen Polizeiletzat 1926 den Polizeibeamten eine geringe Aufstiegsmöglichkeit in höhere Beförderungsgruppen gegeben ist, werden diese Möglichkeiten durch beherrschende Schwierigkeiten und Winkeltzüge wieder illusorisch gemacht. Beamte, die 12 und mehr Jahre gedient und ihre Pflicht erfüllt haben, werden ohne Rücksicht auf ihre und die zurzeit herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse entlassen und dem Elend preisgegeben. Diese Entziehung und Sonderstellung der Polizeibeamten basiert auf dem Polizeibeamtengesetz, das schnellstens beseitigt werden muß, wenn die Polizeibeamten nicht das Vertrauen zum Volksstaat verlieren sollen.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Aussprache an, in der geradezu skandalöse Zustände in der Behandlung der Schutzpolizeibeamten ans Tageslicht kamen. Es war besonders Albinus vom Polizeibeamtenverband, der das Verhalten der Schupooffiziere gegenüber den Kommissaren einer scharfen Kritik unterzog. Er führte zahlreiche alarmierend belegte Fälle an, die zeigten, daß bei der Schutzpolizei ein fast schlimmerer militärischer Drill herrscht als beim Militär in der Vorkriegszeit. Strafgewalt, Strafpelle mit Sägen, Beleidigungen der Beamten mit so unerhörten und unerträglichen Schimpfwörtern wie Schurken, Schafköpfe, Esel seien keine Ausnahmen. Beschwerden über eine derartige Behandlung führen oft dazu, daß der Beschwerdeführer bestraft wird, der Bergeseite in der Beförderungsaussicht eine Chance mehr hat. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig eine längere Entschließung an, die die Forderungen der Polizeibeamtenschaft enthält und den Parlamenten und maßgebenden Behörden zugeleitet werden soll. Die Versammlung, die einen durchaus sachlichen und eindrucksvollen Verlauf nahm, sollte den maßgebenden Ministern eine Warnung sein, bei der Polizeibeamtenschaft den Bogen nicht zu überspannen und die Diener des Staates nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Gerade diesen Leuten, die keine Soldaten sein wollen, müßte mehr Verständnis entgegengebracht werden, damit sie gegen jede Gefahr, die ihnen von allen Seiten, besonders auch von den Feinden des heutigen Staates droht, gefestigt sind.

Schwere Fahrstuhlfälle.

Heute morgen gegen 9 Uhr ereignete sich im Hause Schützenadlerer Straße 26 im Norden Berlins ein schweres Fahrstuhlunglück. Aus bisher noch ungeklärter Ursache geriet der Fahrstuhlführer Karl Fischer, der zugleich Hauswart des Grundstückes ist, beim Anstellen des Fahrstuhls zwischen Mauer und Fahrstuhl und stürzte in den Schacht hinab. Auf die Hilfeleistung des Schwerverletzten eilten Hausbewohner herbei, die für seine Ueberführung in das Birchow-Krankenhaus sorgten. F. starb kurz nach der Einlieferung an den Folgen schwerer innerer Verletzungen und eines Schädelbruches. — Ein weiterer tödlich verlaufener Fahrstuhlfall trat sich in den heutigen Morgenstunden in der Schloßbrauerei Schöneberg in der Feuerstr. 16/18 zu. Der 45jährige Maurer Ernst Becker aus der Eichenauer Straße, der schon mehrere Jahre bei der Brauerei tätig ist, geriet mit seinem Kopf zwischen den abwärts fahrenden Fahrstuhl und der Schachtwand. B. war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhaus zugeführt.

Das Gerücht von einem Verbrechen war gestern abend im Norden der Stadt verbreitet. Auf dem Wiesengelände an der Chaussee zwischen Rosenthal und Schildow fand ein Besitzer auf einem Neuhäuten einen jungen Mann liegen, der aus einer Schußwunde in der rechten Kopfseite blutete. Er wurde im Krankenhaus als ein 17 Jahre alter Bureaubote Hans R. festgestellt, der in Buchholz bei seinen Eltern wohnt und bei einer Berliner Firma angestellt ist. Wie er angibt, hatte er für seine Firma Geld eingezogen, es aber nicht abgeteiert, sondern für sich verbraucht. Aus Furcht vor Strafe hat er sich eine Kugel in den Kopf geschossen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Der Kindermord in Breslau.

Mitwirkung der Bevölkerung bei der Ermittlung der Täter.

Der Lustmord an den beiden Kindern der Witwe Fehse in Breslau beschäftigte die dortige Kriminalpolizei in ganz außerordentlichem Umfang. Die ganze Bevölkerung ist zur Mitarbeit aufgefordert worden; man hofft auf diese Weise schneller den Mörder fassen zu können. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat wurde von der Berliner Nordinspektion Kriminalrat Genannt in Begleitung eines weiteren Beamten per Flugzeug nach Breslau geschickt, um gemeinsam mit der dortigen Polizei Recherchierungen anzustellen. In die Breslauer Bevölkerung ist die Zuforderung ergangen, am heutigen Tage alle Häuser, Wohnungen, Stallgebäude, Schuppen und sonstige Baulichkeiten zu durchsuchen, um auf diese Weise den Ort des furchtbaren Verbrechens oder vielleicht auch den Täter selbst zu ermitteln. Die private Mitwirkung wird bereitwillig ausgeübt, weil die immer noch stark erregte Einwohnerchaft begreiflicherweise ein lebhaftes Interesse an der Aufklärung der abstoßlichen Tat hat. Die Belohnung von 2000 Mark für die Ermittlung des oder der Täter wird nochmals in Erinnerung gebracht.

Freireichliche Gemeinde. Samstag vorm. 11 Uhr, Doppel-Messe 15, Vortrag des Herrn Dr. A. Brie: Das Wesen des Humors. Harmonium: Wehlag (Gelang H. Boll). Gäste willkommen.

Groß-Berliner Parteienachrichten.

116. Wkt. Wilmersberg. Die Gruppenführer holen heute abend sofort die gedruckt Einladungen zur Vertretung an die Mitglieder von Herr, Frau, Nachbarstr. 26, ab. Morgen, Sonnabend, ab 6 Uhr von dort Flugblattverteilung. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Tarifabbau in der Herrenkonfektion.

Der Arbeitgeberverband in der Herrenkonfektion ist krompftätig bemüht, die von ihm diktierten Tarifverschlechterungen mit allen Mitteln durchzusetzen. Das geht jedoch nicht so einfach, wie er sich die Sache gedacht hatte. In einem Rundschreiben vom 1. Juni werden seine Mitglieder nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, keinem Schneider Arbeit zu geben, der sich weigert, die Unterschrift unter den Revers zu geben. Ebenfalls soll diesen Schneidern kein Schein für die Erwerbslosigkeit ausgehändigt werden. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Alle unsere Maßnahmen können nur dann wirksam sein, wenn sie gleichzeitig von allen Mitgliedern eingehalten werden. Aus diesem Grunde dürfen kurzzeitig auch keine neuen Schneider eingestellt werden, wie es ja früher bei solchen Maßnahmen auch nicht üblich war, damit nicht etwa eine Firma die andere auspielt.“

Dieser Ton klingt gewiss nicht nach Siegeszuversicht. Aber auch mit diesen eindringlichen Ermahnungen scheint man es nicht zu schaffen. Man ist deshalb dazu übergegangen, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, die die unterschriftliche Anerkennung des Reverses nicht durchzuführen, in konventionale Strafe zu nehmen. So sieht es mit der Freiwilligkeit im Arbeitgeberverband aus. Alle erdenklichen Schläge und Pfiffe werden praktiziert, um die Unterschrift zu erlangen. Den Arbeitern werden dabei Versprechungen gemacht, und trotzdem wird diese Art Autogrammsammlung der Arbeiter nicht komplett. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes wollte viele ihrer Mitglieder wider Willen „glücklich machen“.

Das Vorgehen ist bei den einzelnen Firmen unterschiedlich. In dem einen Falle wird außer den Heimarbeitern auch den Betriebsarbeitern der Revers vorgelegt. In anderen Fällen wird nur den Heimarbeitern — nicht auch den Betriebsarbeitern — der Revers vorgelegt, und in vielen Fällen wird überhaupt davon abgesehen, oder aber den Schneidern versichert, daß sie keinen Nachteil davon haben sollen.

Immerhin, das Heer der Scharmacher ist noch groß genug, und infolgedessen sind an allen Plätzen der Herrenkonfektion Deutschlands bereits eine beträchtliche Anzahl Arbeiter durch das Vorgehen des Unternehmerverbandes arbeitslos geworden.

Es ist schon bezeichnend für den Arbeitgeberverband, daß er unter Tarifbruch die Durchführung der Tarifverschlechterung erzwingen will. Daß er sich aber nicht scheut, die Schneider, die

sich seiner Diktatur nicht unterwerfen und deshalb um ihre Arbeit gebracht werden, auch noch um die Arbeitslosenunterstützung zu pressen zu suchen, das zeugt von einer Strupellosigkeit, die die Profitgier in ihrer ganzen Brutalität zeigt.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern, die in Verkennung der Verhältnisse, die Unterschrift geleistet hatten, sie wieder zurückgezogen haben. Diese Fälle mehrten sich täglich.

Dennoch müssen alle Arbeiter in der Herrenkonfektion erlucht werden, auch weiterhin jede Unterschrift zu verweigern, oder aber die bereits geleistete Unterschrift sofort zurückzuziehen, damit bei den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am kommenden Montag die ihnen zugebachteten weiteren Verschlechterungen ihrer Erfindung abgewehrt werden können.

Emil Girbig 60 Jahre alt.

Der Verbandsvorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Genosse Emil Girbig, ist am 11. Juni 1866 in Jamsitz (Eisabethhütte) geboren, heute also 60 Jahre alt geworden. In früherer Jugend kam Girbig nach Köpenick, wo er von 1872 bis 1880 die Volksschule besuchte und dann den Glasmacherberuf erlernte. Im Jahre 1892 gründete er in Köpenick eine Zählstelle des Glasarbeiterverbandes, die er während der folgenden fünf Jahre, ehrenamtlich natürlich, geleitet hat.

Im Jahre 1897 wurde Girbig infolge seiner hervorragenden Tätigkeit im Interesse seiner Berufsgenossen zum Verbandsvorsitzenden des Glasarbeiterverbandes gewählt. Er bekleidet diesen Posten seit dem 1. August 1897 bis auf den heutigen Tag, der infolgedessen einen Wendepunkt seiner Organisation und seiner Tätigkeit bildet, als er dem eben beendeten Verbandstage in Gölitz folgt, der das Ausgehen des Berufsverbandes in die keramische Industrieorganisation beschloß. Seit 1907 bis nach dem Kriege war Girbig auch internationaler Sekretär der Glasarbeiter.

Girbig war aber nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch recht reger tätig. Im Jahre 1919 wurde er in die deutsche Nationalversammlung, 1920 in den Reichstag gewählt.

Wir wünschen unserem Genossen Girbig, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, in seiner bisherigen körperlichen und geistigen Frische für seine Organisation und damit für die deutsche Arbeiterbewegung zu wirken.

Die Zentralbetriebsratswahl bei der Reichspost.

Das endgültige Ergebnis der Zentralbetriebsratswahl, die vom 15. bis 17. Mai stattfand, liegt jetzt vor. Von den 77 007 Wahlberechtigten haben 53 800 gleich 69,9 Proz. ihre Stimme abgegeben. Der Deutsche Verkehrsband erhielt 37 122 gleich 69 Proz.

der Stimmen und die Deutsche Postgewerkschaft mit dem Zentralverband der Telegraphenbediensteten 14 779 gleich 27,5 Proz. der abgegebenen Stimmen. Ungültig waren 1899 Stimmen.

Bei der Wahl des Aufsichtsrats der Versorgungsanstalt im Februar d. J. erhielt der Deutsche Verkehrsband 35 174 Stimmen. Er steigerte also seine Stimmenzahl um 1948 gleich 5 Proz. Die Gegner erhielten bei der Wahl des Aufsichtsrats der Versorgungsanstalt 27 566 Stimmen. Sie verloren also 12 787 Stimmen. Bringt man hieron für die Postgenossen, die korporativ der Deutschen Postgewerkschaft angeschlossen sind und bei der Betriebsratswahl gänzlich ausscheiden, etwa 10 000 Stimmen in Abzug, so bleibt immer noch ein Stimmenverlust von 2787 gleich 10 Proz. Diesmal waren 13 Vertreter anstatt 11 im Vorjahr für den Zentralbetriebsrat zu wählen. Der Deutsche Verkehrsband erhält 10 Vertreter.

Mit diesem günstigen Ergebnis kann der Deutsche Verkehrsband zufrieden sein. Es ist erzielt worden durch seine eigene Kraft, ohne fremde Hilfe und zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die große Mehrheit der Lohnempfänger bei der Deutschen Reichspost im Deutschen Verkehrsband nach wie vor ihre wirtschaftliche Interessenvertretung erblickt und daß seine Annäherung und Berleumdungen seiner Gegner das Vertrauen zum Deutschen Verkehrsband erschüttern können.

Die Deutsche Postgewerkschaft mit der gelben Fachvereinigung, dem Zentralverband der Telegraphenbediensteten, dessen Bestrebungen stets von der Oberpostdirektion Hannover gefördert worden sind, haben in weitestem Umfange die Unterstützung des Reichsoberverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten und des Verbandes der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten gefunden. Die Funktionärkörper dieser beiden Organisationen sind genau wie bei der des Aufsichtsrats der Versorgungsanstalt in den Dienst der Deutschen Postgewerkschaft gestellt worden. Stimmzettel und schmierige Flugblätter haben sie in einer Massenaufgabe verteilt. Darüber hinaus hat die Deutsche Postgewerkschaft ihre Stimmzettel auch den Dienststellenvorstellern zur Verteilung an die Wähler — nicht ohne Erfolg — gestellt. Doch trotz aller Anstrengungen der Deutschen Postgewerkschaft und ihrem Anhang hat der Deutsche Verkehrsband den Erfolg für sich. Nach wie vor ruht auf seinen Schultern ein Höchstmaß von Verantwortung in der Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der gesamten Lohnempfänger. Und das ist gut so, sonst wäre es um die Vertretung der Interessen der Lohnempfänger schlecht bestellt.

Verantwortlich für Volltext: Ernst Weiser; Wirtschaft: Heinz Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Freizeitsport: A. S. Böcher; Schales und Gontars: Fritz Rarhödt; Anzeigen: Ed. Glöde; sämtlich in Berlin. Verleger: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.



Moderne fertige Sommer-Kleidung für den Herrn!

- | | |
|---|---|
| Straßen-Anzüge von 45 ⁰⁰ an | Sportanzüge mit 2 Paar Hosen von 62 ⁰⁰ an |
| Frühjahrs-Mäntel von 45 ⁰⁰ an | Windjacken von 12 ⁰⁰ an |
| Gummi-Mäntel von 17 ⁰⁰ an | Breeches von 8 ⁵⁰ an |

M. Schulmeister

Kottbuser Tor

Jeder Artikel ein Schlagert denn wir bringen so fabelhaft billige Preise der Not der Wirtschaftslage entsprechend!

Wachseide (Kunstseide mit Baumwolle) neue Karo, Mtr. 1²⁰	Kunstseidener Bast Mtr. 1⁷⁵	Bastseide moderne Streifen, Mtr. 3³⁰	Cöper-Foulard schwere Qualität 90 cm Mtr. 5⁹⁰	Baumwoll-Crepe neue apart. Muster Mtr. 85 pt.	Voile-Neuheit ca. 100 cm breit, Mtr. 98 pt.
Crepe-Marocain karliert ca. 100 cm breit . . Mtr. 1⁴⁵	Reinwolle Musseline ca. 75 cm breit . . Mtr. 1⁵⁰	Crepe-Voile Leizte Neuheit ca. 100 cm breit . . Mtr. 2²⁵	Frottier-Handtücher haltbares Gewebe 65 pt.	Frottier-Handtücher besonders gute Qualität 48x100 cm 1³⁰	Tischtücher vollweiB Macco 110x150cm 2⁹⁰
Balkon- und Gartendecke hübsche Must. 110x110cm 1⁴⁵	Hemdentuch 80 cm breit Mtr. 45 pt.	Wäsche-Macco-Balist eleg. Qualität, 80 cm breit Mtr. 80 pt.	Louisianatuch 130 cm breit Mtr. 1.20 80 cm breit . . . Mtr. 65 pt.	Bade-Frottierstoff prachtvoll. Must. 150 cm br. 7,80, 140 cm br. 4⁸⁰	Sporthemd in den Modefarben rosa, lachs u. mode, mit 2 Krag. 5⁹⁰
Sporthemd Zephir, offen und geschlossen zu tragen . . 3⁷⁵	Spazierstöcke Manillarrohr, starke Ware 2²⁵	Sportmützen moderner Stoff 1²⁵	Opal-West mit Spitze und Einsatz garniert. 95 Pt. 1⁴⁵	Binde-Kragen aus doppelt Voile in weiß und bastfarben . . 95 Pt. 1⁴⁵	Runde Kleider-Kragen mit Spitze garniert 95 pt.
Opal-Bubi-Kragen doppelter Stoff . . . 75 pt.	Damenhemd Trägerform mit Stickerei 1⁷⁵	Nachthemd halstfrei mit breit. Stick. 3⁵⁰	Hemd hose Windelform mit breiter Stickerei 3⁵⁰	Prinzessrock mit reich. Spitzengarnierung 2⁸⁵	Schwimmtrikot schwarz u. farb., Besatz, Länge 80 cm 1⁸⁰
Badelaken aus gut. weißen Kräuselstoff, mit Kanie, Größe 125x150 cm. 7⁵⁰	Bademäntel in verschied. schönen Ausführungen 12⁵⁰	Badeschuhe schwarz, Satie, zum binden, mit Gummisohle. . 1⁹⁵	Damen-Gummimäntel gute Gummierung, zweiseitig zu tragen 15⁷⁵	Damen-Gummimäntel aus prima Rips, mit Seldenglanz, zweiseitig zu tragen . . 19⁷⁵	Ripsmantel in gut. reinw. Ware, flott Backischform, mit Seitenlatten . . 18⁵⁰
Damenmantel aus Imprägn. reinw. Gambia, m. Rückenpasse und Gürtel . . 24⁵⁰	Washjoppe dunkel, gedeckt, Muster, äußerst haltbare Qualität 4⁵⁰	Lüster-Sakko Ärmel gefüttert 6⁹⁵	Regenmantel gute Gummierung, bequeme Weiten 13⁵⁰	Windjacken imprägniert, sehr gute Verarbeitung . 10⁵⁰	Kleier Kadettanzüge f. 3 Jahre, jede weitere Gr. 0,50 M. mehr 5²⁵
Weiße Leinen-Spangenschuhe neue, elegante Form gutes Fabrikat 4⁹⁰	Lack-Spangenschuhe elegantes Modell, mit echtem Pompadour-Absatz, fabelhaft billig . . 10⁹⁰	Blonde u. graue Modellschuhe für Damen, prima Leder und gute Ausführung 12⁵⁰	Leder-, Reiscu-Größe 36-42, außergewöhnlich billig 2⁹⁵	Kopf- und Kleiderbürst. Celloid und pol. Holz Stück 95 pt.	Nagelschere, Polierer u. Reiniger compl. Reisetasche . 50 pt.
Kreuzstich-Quadrate Stück 28 pt.	<h1>H. Joseph & Co</h1> <p>NEUKÖLLN * BERLINER STR. * 51-55</p>				Coupé-Koffer 50 cm, mit 8 Vulkan-Ploren-Ecken, Messingschienen, bewegl. Griffe, 2 Patentschlösser, 2 Postgürtel . . 3⁷⁵
Mitteldecken gezeichnet 1²⁵					Stadtkofferchen Stück 95 pt.
Taschenbücher gezeichnet, 5 Stück 55 pt.					Vollrindleder-Stadtkofferchen mit gutem Molréfutur u. Innentasche 12⁰⁰